

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



Anzeiger

Hohenstein-Ernstthal mit Hätinggrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Bernsdorf, Ritzdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Calla, berg, Grumbach, Kirchheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Orlina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 239

Mittwoch, 12. Oktober 1921

71. Jahrg.

Der Ernst der Stunde.

Am heutigen Mittwoch soll angeblich die Entscheidung über Oberschlesien fallen. In den Kreisen um Birth scheint man sich immer noch mit der Hoffnung getragen zu haben, daß wir von dem Völkerverbund etwas zu erwarten hätten, daß der Biererrat des Völkerverbundes, der zur Entscheidung berufen ist — der belgische, brasilianische, chilenische und japanische Delegierte — sich auf eine Entscheidung festlegen würde, die das Industriegebiet Oberschlesiens ungeleitet bei Deutschland beläßt. Politische Einflüsse, die sich in Genf sehr stark bemerkbar machen, sollen aber erreicht haben, daß die Kommission, die ja in ihrer Zusammenfassung schon ein Jahr auf Europa ist, sich auf eine Entscheidung festgelegt hat, die den Wünschen Deutschlands nimmermehr entgegenkommt und uns eines lebenswichtigen Teiles unseres Landes berauben würde. Diese schmerzlichen Nachrichten aus Genf haben auch Herrn Birth, der da unten im Münsterlande der Erholung genießt, aufgeschreckt und ihn zur schleunigsten Rückkehr nach Berlin veranlaßt. Noch in der Nacht zum Dienstag fand ein Kabinettsrat statt, dem am Dienstag vormittag ein zweiter und am Dienstag abend ein dritter folgte: ein Zeichen, daß die Lage so bedrohlich ist, daß das Reichskabinet eigentlich in Permanenz tagen muß, um allen Notwendigkeiten sofort gerecht zu werden. Nach einer Mitteilung der „Voss. Ztg.“ soll in der Nachsitzung des Kabinetts der Antrag einer sofortigen Demission der Regierung gestellt und erwoogen worden sein mit der Begründung, daß das Programm und die Politik des Kabinetts Birth sich nicht weiter durchzuführen lassen würden, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Das Blatt betont aber, daß das Kabinet Birth nach wie vor den festen Willen zur Erfüllung habe und nur wünsche, daß man ihm die Möglichkeit läßt, den Willen auch weiterhin in die Tat umzusetzen. In diesem Sinne dürfte auch der deutsche Botschafter in London bei Lord George Vorstellungen erheben. Auch der „Vorwärts“ hebt nochmals den festen Willen des Kabinetts Birth hervor, die Verpflichtungen Deutschlands weiter wie bisher an die Grenze des Menschlichen zu erfüllen und sagt: Bisher konnten die ungeheueren Anstrengungen mit gutem Gewissen gemacht werden, weil man uns versichert hatte, der oberchlesische Hungerlöhne, dessen wir als Schwerarbeiter unbedingt bedürfen, werde uns nicht beschlitten werden. Was bleibt aber zu tun übrig, wenn uns diese erteilte Äußerung durch den stets drohenden Zugriff einer Vorkommission behindert wird? Wie sollen wir uns unser Wiedergutmachungs- und Wirtschaftsprogramm festlegen, wenn in Oberschlesien von neuem ein kurzfristiges Provisorium geschaffen wird? Wie soll, Deutschland wird weiterkämpfen, aber die Verhältnisse sind nicht günstig genug, um eine Entschädigung, wie sie Oberschlesien zu werden droht, ohne gefährliche Erschütterungen überleben zu können. Die Hoffnungen, welche „Voss. Ztg.“ und „Vorwärts“ hier aussprechen, wird von anderen aber nicht geteilt. Allgemein begegnet man der Anschauung, daß das Kabinet Birth, das sich auf die Durchführung des Minimums festgelegt hat, unmöglich ist, wenn ein Teil Oberschlesiens von uns abgerennt wird. Aber auch im Kabinet soll man sich darüber klar sein, daß der Verlust eines Teiles von Oberschlesien direkt in eine wirtschaftliche Katastrophe für Europa und der ganzen Welt hineinführen würde. Ein weiteres Zünden der Welt und die völlige Unmöglichkeit, weiter neue Zahlungen zu leisten, würde die unmittelbare Folge des Genfer Beschlusses sein, wenn er so ausfällt, wie man es mit Recht befürchtet. Unter den Trümmern würde dann auch das Abkommen Rathenau-Vaucheur und alles andere begraben werden, was zur Erfüllung unserer Verpflichtungen im Laufe des letzten Jahres vorbereitet wurde. So ist heute alles in angsterfüllter Schwere. Was wird der Chinese, Japaner, Brasilianer und der haßerfüllte Belgier über uns beschließen?

Die Kabinettsitzung am Dienstagabend.

Die gestrige Abenditzung des Reichskabinetts dauerte nur etwa eine Stunde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da weder aus London noch aus Genf neue Nachrichten vorliegen. Infolgedessen ging das Reichskabinet auseinander und wird Mittwoch vormittag 9 Uhr aufs neue zusammentreten. Die anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird aus demselben Grund verlagert.

Konflikt zwischen Kanzler und Reichsaussenminister.

Die politische Situation ist mit einem Schlag hochdramatisch geworden. Die nunmehr bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien hat den Konflikt innerhalb des Kabinetts ausgelöst, der schon lange in latenter Spannung vorhanden war. In Berliner informierten Kreisen spricht man den „Dresdner Nachrichten“ zufolge offen von einem tiefgehenden Konflikt zwischen dem Minister Rosen und dem Reichskanzler. Die Ursache des Konfliktes ist die selbständige Politik, die das Auswärtige Amt seit einigen Wochen treibt. Es wird aufällig bemerkt, daß der deutsche Botschafter in London in Abwesenheit des Reichskanzlers nach Berlin berufen worden ist, und daß der Kanzler außerdem von dieser Berufung keine Kenntnis gehabt hat. Die diese Abreise des deutschen Botschafters ist um so bedenklicher, als Herr Scharner gar nicht in London weilte, sondern sich zur Kur in Baden-Baden aufhielt, so daß also diese nur etwa 24stündige Unterbrechung der Kur bis zur Rückkehr des Reichskanzlers keineswegs unmöglich gewesen wäre. Die Ansicht in politischen Kreisen geht dahin, daß es sich um eine neue Sonderaktion des Außenministers handelt, und es wird aufällig bemerkt, daß Pariser Blätter über das Resultat der Unterredung zwischen Rosen, dem englischen und dem deutschen Botschafter zu melden wissen, die Regierung habe der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie im Falle einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien ihren Rücktritt nehmen möchte. Diese Mitteilung ist um so eigenartiger, als innerhalb des Kabinetts keineswegs Einheitslichkeit über diese Frage besteht. In der gestrigen Nachsitzung des Reichskabinetts waren die sozialdemokratischen Minister und auch der Reichskanzler der Überzeugung, daß ein Rücktritt des Kabinetts selbst bei einer ungünstigen Entscheidung der oberchlesischen Frage nicht notwendig sei. Ein Teil der anderen Kabinettsmitglieder unter Führung des Außenministers Rosen setzte sich unbedingt für den Rücktritt des Kabinetts ein. Eine Entscheidung ist in dieser Frage nicht gefallen.

Dem „B. Z.“ zufolge soll der deutsche Botschafter in London beauftragt worden sein, Lord George nicht im Unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abrennung des oberchlesischen Industriegebietes von Deutschland ergeben würden. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den anderen Entente-Staaten sollen ähnliche Weisungen erhalten haben.

Die Teilung entgeltlich beschlossen?

Von einer gutunterrichteten Seite wird in Genf berichtet, daß die Teilung Oberschlesiens im Prinzip endgültig beschlossen sei. Der Völkerverbund sei vollkommen unabhängig zu Werke gegangen und habe keine der bisherigen Teilprojekte zur Grundfrage seiner Verhandlungen gemacht. Aus der Kommissionsitzung wird eine Teilungskarte hervorgegangen, die sowohl für Deutschland wie Polen gegenüber den bisherigen Kompromisslösungen eine Konzeption bedeuten sollte. Politische Gesichtspunkte habe man bei der Entscheidung ausgeschlossen. Um den Übergang zu den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen möglich zu machen, werde ein Übergangsregime unter alliierter Verwaltung geschaffen werden, das den Warenverkehr über die neue Grenze und die Valutaregulierung überwachen soll. Der Völkerverbund werde noch Mittwoch den ganzen Tag über beraten, um die Einzelheiten seines Lösungsvorschlages, der im wesentlichen noch wirtschaftliche Gesichtspunkte umfaßt, festzulegen. Mittwoch abend werden die Ratmitglieder Genf wieder verlassen. Gleichzeitig wird der Entwurf der Botschafterkonferenz übermittelt, an dessen Annahme durch die Alliierten nicht gezweifelt werde. Die Botschafterkonferenz wird dann am Freitag die Entscheidung der deutschen und der polnischen Regierung übermitteln und Sonnabend wird in Paris und Genf gleichzeitig die Publikation erfolgen.

Die Verletzung deutscher Interessen.

Wie die „B. Z.“ berichtet, ist bisher in Genf außer der schon seit längerer Zeit bekannten Mitteilung, daß der Rat seine Entscheidung Mittwoch fallen wird, nichts weiter über das Schicksal Oberschlesiens bekannt geworden. Fest steht nur, daß der Völkerverbund bereit ist, eine Lösung zu suchen, die seiner Ansicht nach den Interessen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt am meisten dienen

könnte. Daß er dabei deutsche Interessen verletzen werde, sei leider ebenso wahrscheinlich, wie, daß er die deutschen Interessen auch anders ansehe, als sie in Deutschland selbst beurteilt werden. Er wird aber auch Polens Stolz und Dünkel verletzen müssen, denn es erscheint ausgeschlossen, daß die alliierten Regierungen auf dem Umwege über den Völkerverbund einer Lösung zustimmen sollten, die in Paris beinahe zum Bruch geführt hätte. Ferner soll neuerdings der Rat wieder einmal schwankend geworden sein, ob er nicht besser daran täte, die Veröffentlichung des Beschlusses dem Obersten Räte zu überlassen, nachdem sich eine der interessierten Hauptmächte so stark in die Beschlusssatzung des Völkerverbundes eingemischt habe, daß die Befürchtung nicht ungerechtfertigt erscheine, daß der Beschluß von Stunde zu Stunde, um die er noch weiter hinausgezögert werde, immer schlechter für Deutschland werden könnte.

Der englische Standpunkt zur Genfer Entscheidung.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, der Biererausschuß in Genf habe seinen Entschluß so gut wie getroffen, und dieser Beschluß sei von Balfour und Bourgeois im Prinzip angenommen worden. Gewisse Einwände seien von italienischer Seite erhoben worden, die jedoch nicht als ernst angesehen wurden, und selbst wenn Italien darauf bestehen sollte, so würde dies nur bedeuten, daß die Empfehlung des Völkerverbundes auf einen Mehrheitsbeschluß und nicht auf einen einstimmigen Beschluß gegründet sein würde. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, die Hinweise darauf vermehren sich, daß der Völkerverbund mehr oder weniger einen Ausgleich zwischen den beiden entgegengesetzten Ansichten habe. Es launde kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung vom britischen Standpunkt nicht als befriedigend angesehen werden könnte, einfach aus dem Grunde, weil sie nach britischer Ansicht mit einer dauernden Stabilität jener schwierigen und gefährlichen Ecke Mitteleuropas nicht vereinbar sein würde. Sollte es die formelle Entscheidung des Völkerverbundes sein, so werde England sie annehmen müssen. England habe sich gelunden und könne keine Einwände erheben. Auch der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ stellt nachdrücklich in Abrede, daß die britische Regierung oder Lord George versuchten, sich in die Arbeit des Biererausschusses des Völkerverbundes für die oberchlesische Frage einzumischen. Die britischen Minister seien entschlossen, sich an ihre Verpflichtung, die Empfehlung des Völkerverbundes anzunehmen, zu halten, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ansicht über die wirtschaftliche Seite der neuen Grenzlinie.

Zusammentritt des Reichstages am 25. Oktober.

Der Reichstag dürfte, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, am 25. Oktober wieder zusammentreten, da der Reichsrat die neuen Steuerentwürfe in der nächsten Woche verabschiedet wird. Die Verhandlungen über die Umbildung der Regierungskoalition ruhen zurzeit im Reich ganz und werden erst nach der ersten Lesung der Steuervorlagen wieder aufgenommen werden. Offiziell ist die Einberufung des Reichstages zum 25. Oktober jedoch noch nicht bekannt gemacht worden.

Der Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden Dr. Stresemann auf Mittwoch vormittag einberufen worden. Dieser Sitzung wird größte Bedeutung beigegeben, da sie wesentlich dazu beitragen dürfte, eine Klärung der augenblicklich sehr erregten inner- und außenpolitischen Lage zu bringen, die durch die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien besonders schwierig geworden ist. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung alle Fraktionen des Reichstages die Gelegenheit ergreifen werden, nochmals in schärfster Weise gegen die auf der Genfer Konferenz beschlossenen Pläne der Entente zu protestieren. Es wird nochmals mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden müssen, daß Deutschland seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen unmöglich nachkommen kann, wenn ihm die oberchlesische

Kraftquelle genommen wird. Es bliebe nur zu wünschen, daß dieser einhellige Protest auch im Völkerverbund gehört und beachtet wird.

Die Zahl der Oppauer Opfer hat 600 überschritten.

Die Zahl der Toten und Vermissten im Oppauer Unglück hat nach amtlicher Mitteilung nunmehr 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverwundete in den Krankenhäusern gestorben sind.

An Spenden sind bis jetzt über 60 Millionen Mark aufgebracht worden. Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im preussischen Landtage folgenden Antrag eingebracht: „Zur Unterstützung der Opfer des Oppauer Unglücks werden sechs Millionen Mark bereitgestellt. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in Verbindung mit der Reichsregierung und der bairischen Landesregierung, die Verteilung dieser Summe vorzunehmen und ersucht, dem Landtage über deren Verwendung Bericht zu erstatten.“

„Das Gespenst eines sich nähernden Bankrotts“.

Die besorgniserregende Abwärtsbewegung der deutschen Reichsmark ist in Holland das Tagesgespräch. Das Gespenst eines sich nähernden Bankrotts — so schreibt heute ein Amsterdamer Blatt — tritt von Tag zu Tag immer näher in den Vordergrund. Der einzige Weg einer Besserung kann vielleicht in einer schnellen und kräftigen Besserung der deutschen Zahlungsmittel gefunden werden, jedoch ist dazu außerordentlich wenig Hoffnung vorhanden, so lange die Alliierten auf ihren einmal gestellten Forderungen bestehen bleiben. Der neue hoffnungslose Zustand, der durch die Bezahlung der ersten Milliarde Goldmark in den deutschen Finanzen geschaffen wurde, hat einen jeden, der nicht blind ist, gelebt, alle Illusionen über eine Besserung der Mark fahren zu lassen. Auch in England und Frankreich kommt man immer mehr zu der Überzeugung, daß Deutschland auf die Dauer einen Bankrott nicht entgehen kann. Vielleicht kann darin der einzige Grund zur Gemütsberuhigung gefunden werden, wenn diese verhängnisvolle, auf der Hand liegende Einsicht bemerkt wird, um endlich in erster Stunde ein Ende zu machen mit einer Regelung, die eine fortwährende Bedrohung bleibt für das Wirtschaftsleben der übrigen Völker. Wie gering sind aber hierfür die Aussichten! Vielmehr sucht man jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um so viel wie möglich von der Beute an sich zu reißen, bevor der große Crash eintritt. Die Gefahr, daß Deutschland, das bedeutendste wirtschaftliche Zentrum, das unentbehrliche Glied in der Kette, die alle zusammenhält, dessen Weiterbestehen für viele Staaten eine Lebensfrage ist, Österreich, Rußland, Polen und vielen anderen Staaten in bezug auf Inflation folgen wird, nähert sich mit angsterfüllender Schnelligkeit. Der Zeitpunkt, da die österreichische Krone denselben Wert wie heute die Reichsmark hatte, liegt nicht allzuweit hinter uns. Wie lange wird es noch dauern, bis das deutsche Zahlungsmittel auf denselben Punkt angelangt ist? Wenn die alliierten Länder an ihren wahnwitzigen Forderungen festhalten, so scheint die Antwort auf diese Frage nicht mehr zweifelhaft zu sein. In dem Maße, wie die Mark an Wert verliert, steigt auch die zu zahlende Entschädigung, Beträge, die in Papiermark ausgedrückt, das menschliche Bedürfnisvermögen bereits übersteigen.

Markkurs und Auslandspreise.

Die Mahnung in den Rundschreiben des Reichsbankdirektoriums und des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrpreise auf die Befestigung der Ausfuhrpreise auch den Abschlüssen und Abwehrrmaßnahmen des Auslands Rechnung zu tragen, wird vom Reichsverband der Deutschen Industrie nachdrücklich unterstützt und unterstrichen. „Wegen der erneut eingetretenen Gefahr der Verschleuderung der deutschen Ausfuhr ist es“, so erklärt die Gesamtvertretung der deutschen Industrie, „unbedingt notwendig, die Auslandspreise, namentlich bei Marktfakturierung daraufhin zu prüfen, ob sie nicht infolge des neuerlichen Sturzes der Mark zu niedrig geworden sind. Das Ausland hat mehr und mehr gelernt, die aus den deutschen Wertschwankungen entstehenden Störungen richtig zu erkennen; man wird auch in deutschen Industriefreien die Notwendigkeit einer weislichen, über die allernächsten geschäftlichen Ziele hinausreichenden